

Sinn, Hans-Werner

Article

Klimapolitische Ziele der Bundesregierung nach Atomausstieg nicht mehr erreichbar

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Sinn, Hans-Werner (2011) : Klimapolitische Ziele der Bundesregierung nach Atomausstieg nicht mehr erreichbar, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 64, Iss. 10, pp. 16-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164956>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klimapolitische Ziele der Bundesregierung nach Atomausstieg nicht mehr erreichbar

Stellungnahme von ifo-Präsident Hans-Werner Sinn

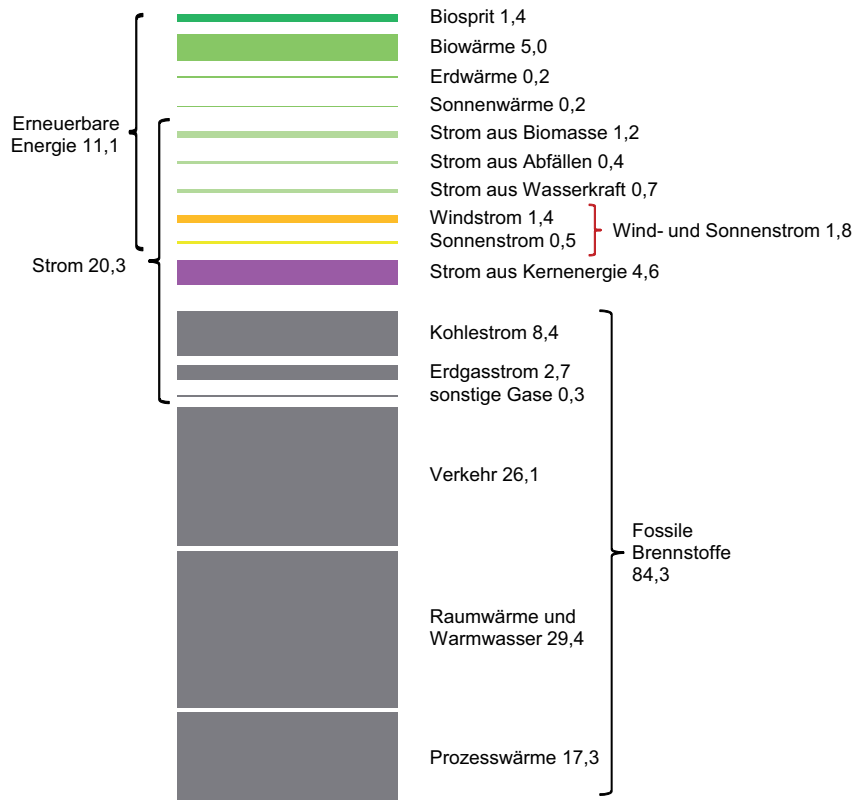
Der Strom aus Sonne und Wind kann zwar den Atomstrom in Deutschland rechnerisch ersetzen. Da der Atomstrom selbst nur knapp 4,6% zur Endenergieversorgung der Bundesrepublik beiträgt und der Strom aus Wind- und Sonnenkraft 1,8% ausmacht, liegt diese Option im Bereich des Möglichen, wenn man die Unregelmäßigkeit der Versorgung außer Acht lässt. Doch die ursprünglich von der Atomkraft erhoffte Option, zusätzlich die fossilen Brennstoffe zurückzudrängen, um den Klimawandel einzudämmen, besteht beim Wind- und Sonnenstrom nicht. Die fossile Energie hat einen Anteil von 84,3% am deutschen Endenergieverbrauch.

Allein schon der aus fossilen Quellen erzeugte Strom, der bei 11,4% des Endenergieverbrauchs liegt, wird zusätzlich zur Atomkraft kaum zu ersetzen sein. Wollte man die gesamte Stromversorgung der Bundesrepublik, die selbst 20,3% des Endenergieverbrauchs ausmacht, unter heutigen Verhältnissen durch Windstrom abdecken, bräuchte man mehr als die Fläche Nordrhein-Westfalens für Windräder, die im technisch möglichen Mindestabstand aufgestellt sind.

Geradezu utopisch ist die Idee, auch noch erhebliche Teile des Verkehrs, der 26,1% der Endenergie verbraucht, mit Elektromotoren zu bewegen, die durch Wind- und Sonnenstrom gespeist sind. Sollte Deutschland dem französischen Drängen nachgeben, den europäischen Verkehr in Zukunft mehr und mehr elektrisch zu betreiben, so hätte der deutsche, auf Wind- und Sonnenkraft basierende Weg keinerlei Chance, sich gegenüber dem französischen Atomstrom zu behaupten.

Günstiger sieht die Energierrechnung bei der Bioenergie aus, die immerhin für gut zwei Drittel der erneuerbaren Energien steht. Allerdings ergibt sich hier das fundamentale Problem der Nahrungsmittelkonkurrenz. Beschränkt man die Bioenergie auf biogene Reststoffe, so ist auch ihr Potenzial begrenzt.

Endenergieverbrauchsstruktur in Deutschland^{a)}
Schätzung für 2010, Anteile in %



^{a)} Abweichungen zwischen der Summe der Einzelpositionen und den angegebenen Summenwerten sind rundungsbedingt.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.; Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien, Statistik; Berechnungen des ifo Instituts.

Da Deutschland die Atomoption für einen allmählichen Ersatz der fossilen Energieträger ausschließt, wird es nicht umhin kommen, weiterhin hohe Mengen an Kohlendioxid auszustößen. Die klimapolitischen Zielsetzungen, die Kanzlerin Merkel beim Gipfel von Heiligendamm proklamiert hatte, werden nicht erreichbar sein.

Zwar kann Deutschland darauf hoffen, dass sein Beharren auf fossile Stromerzeuger die anderen europäischen Länder auf dem Wege über wachsende Preise im europäischen Emissionshandelssystem zwingen wird, die vorgesehenen Einsparungen bei der CO₂-Emission bei sich vorzunehmen. Es kann jedoch nicht verhindern, dass die anderen Länder diese Einsparungen auf dem Wege über einen weiteren Ausbau der Atomenergie realisieren werden.